

Ulrich Kull:

Friedrich Reeber

In den ersten Nachkriegsjahren traf ich als Schuljunge in unserer zu jener Zeit noch nicht asphaltierten Straße immer wieder unseren Nachbarn Friedrich Reeber. Für mich war er damals ein alter Herr, der zudem durch seinen Schnurrbart meinem –fast gleichaltrigen – Großvater ähnlich sah. Meist trug er eine Schirmmütze und war häufig in Arbeitskleidung mit seinem Leiterwagen, Gartengeräten und Gießkanne auf dem Weg zu seinem „Stückle“ (Kleingarten) oder kam von dort zurück und wechselte regelmäßig ein paar Worte mit mir. Frau Reeber war stark gehbehindert (vermutlich infolge eines Hüftleidens); meine Mutter erledigte manchmal Einkäufe für sie – damals noch mit Lebensmittelmarken. Soweit die persönliche Bekanntschaft.

Carl Friedrich Reeber wurde als Sohn eines Maurers am 16.3.1876 in Braunsbach am Kocher geboren ¹⁾, ²⁾. Nach dem Schulbesuch erlernte er den Beruf des Fräasers und wurde als Maschinenarbeiter tätig. Er leistete von 1896-1898 die zweijährige Militärdienstzeit beim 7. Württ. Infanterie-Regiment 125 in Stuttgart ab, war Bürger von Braunsbach und wurde Gewerkschaftsmitglied. Kurz nach der Jahrhundertwende kam er nach Zuffenhausen ³⁾ und hat sich hier am 26.9.1902 mit Marie Mayer, geb. am 13.5.1878 in Oberensingen, verheiratet ⁴⁾. Der Ehe entstammen zwei Töchter und ein Sohn ⁵⁾. Im Jahr 1903 erhielt Friedrich Reeber offiziell das Bürgerrecht in Zuffenhausen und wurde 1903 oder 1904 Vorsitzender des Gewerkschaftskartells ⁶⁾. Dieses war der Zusammenschluss der am Ort vorhandenen Gewerkschaften, um deren Zusammenarbeit und wechselseitige Unterstützung zu gewährleisten, denn damals gab es keinen übergeordneten Gewerkschaftsbund. Als Vertreter der Gewerkschaft wurde Friedrich Reeber Büroangestellter der örtlichen Krankenkasse ⁷⁾ und seit 1907 ständiger Körperschaftsbeamter ⁸⁾ des Ortskrankenkassenverbandes ⁹⁾, in dem er bis 1927 vom einfachen Krankenkassensekretär bis zum Kasseninspektor aufstieg. Er hat, wohl insbesondere in Verbindung mit seiner späteren politischen Tätigkeit, am beständigen Interessenausgleich zwischen Kassen und Ärzteschaft erheblich mitgewirkt. Wohnhaft war die Familie in der Querstr. (heute Vandalenstr.) 15 (2.Stock).

Im Jahr 1907 fand in Stuttgart der Internationale Sozialistenkongress statt. An der Teilnahme von Friedrich Reeber ist kaum zu zweifeln. Die SPD und ihre Ortsvereine waren, verbunden mit dem Aufstieg der Gewerkschaften, zu einem wichtigen politischen Faktor geworden. Durch das Erfurter Programm von 1891 blieb der Kurs der Partei zwischen striktem Marxismus und reformerischer Realpolitik unentschieden. Unstrittig war die pazifistische Ausrichtung; so war Jean Jaurès, der französische Pazifist, einer der Hauptredner des Kongresses ¹⁰⁾. Aber schon hier begann eine Spaltung erkennbar zu werden. Die Landtagsfraktion der SPD hatte dem Haushalt zugestimmt, vermutlich um keine Probleme mit der Genehmigung des Sozialistenkongresses zu bekommen. Wegen der Budget-Bewilligungen auch in Baden und Bayern kam es zu Auseinandersetzungen. Die städtischen Ortsvereine tendierten zur radikaleren Richtung, die ländlichen und die Landtagsfraktionen zur reformistischen ¹¹⁾.

In Stuttgart wurde die radikale Fraktion durch Friedrich Westmeyer (1873-1917) geführt, der Verbindung zu Clara Zetkin in Sillenbuch und deren Ehemann Friedrich Zundel hatte ¹²⁾. Mit Westmeyer, der insbesondere auch für die Ernährung, Gesundheit und Ausbildung von Arbeiterkindern im Raum Stuttgart aktiv war und die Waldheim-Idee propagierte, kam Reeber wohl als Beamter der Ortskrankenkasse, der mit der Unterernährung von Kindern von Berufs wegen zu tun hatte, in nähere Verbindung. Es sollten Erholungsplätze für die Arbeiterschaft und insbesondere deren Kinder, wenn möglich am Wald und mit Kinderspielplätzen, geschaffen werden. 1907 wurde der Verein Waldheim Stuttgart gegründet und 1908 als erstes das Waldheim Heslach am Dachswald eröffnet. In

Zuffenhausen erfolgte 1911 durch Reeber die Gründung des Waldheimvereins und Eröffnung des Waldheims. Zuvor soll die Zeit bis 1911 beleuchtet werden.

Im Jahr 1909 wurde Reeber zum Aufsichtsratsvorsitzenden des Spar- und Konsumvereins Zuffenhausen gewählt¹³). In der Anfangszeit hatten diese damals an vielen Orten entstandenen Vereine oft Probleme, da sie einerseits sozialdemokratischer Tendenzen beschuldigt wurden, andererseits der linke SPD-Flügel sich gegen die parteipolitische Neutralität der Vereine wandte¹⁴).

Im Jahr 1910 war Reeber Delegierter beim SPD-Parteitag in Magdeburg für die Wahlbezirke Cannstatt und Ludwigsburg. Im badischen Landtag hatten die SPD-Abgeordneten erneut dem Haushalt zugestimmt; dies führte nun zu heftigem Streit. Westmeyer legte dar, dass es nicht nur um die Haushaltsfrage gehe, sondern um die prinzipielle Einstellung. Der Zetkin-Westmeyer-Luxemburg-Fraktion gehörte auch Reeber an¹⁵).

Friedrich Reeber wurde 1911 Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Zuffenhausen und konnte nun die schon vorbereiteten Pläne für das Waldheim verwirklichen. Am 25.3.1911 erfolgte die konstituierende Sitzung des Waldheimvereins, dessen erster Vorsitzender Reeber wurde. Rasch konnte der Kauf einer Fläche von 93 ar an der (heutigen) Waldheimstraße¹⁶) realisiert werden und bereits am 28. Mai 1911 fand die Einweihung mit einer Festrede von Clara Zetkin statt¹⁷). Am 1. Mai 1912 wurde erstmals die Maifeier des sozialdemokratischen Ortsvereins im Waldheim abgehalten. Mit der Wahl im Jahr 1912 zog sich Reeber aus dem Vorstand des Waldheim-Vereins ab 1913 zurück, nachdem das Waldheim seine Berechtigung und positiven Auswirkungen gezeigt hatte und zum Selbstläufer geworden war¹⁸).

Bei der Landtagswahl im November 1912 war Reeber als Kandidat für den Bezirk Marbach aufgestellt worden, unterlag jedoch. Hingegen kam er bei der Wahl des Bürgerausschusses im Dezember 1912 hinter Georg Steinhilber (Geschäftsführer des Spar- und Konsumvereins) nach Stimmenzahl an die zweite Stelle und war damit auf 4 Jahre gewählt. 1916 fand kriegsbedingt aber keine Wahl statt, so dass Reeber sein Mandat bis nach Kriegsende ausübte.

Eine interessante Episode aus dem Jahr 1913 wirft Licht auf die damaligen Verhältnisse¹⁹). Im Januar verweigerte Stadtpfarrer Seeger einem Selbstmörder ein christliches Begräbnis – eine Grabrede wäre nur möglich, wenn belegt sei, dass der Betreffende in krankhaftem Zustand gehandelt habe. Auf Wunsch der Angehörigen übernahm Reeber die Grabrede „obwohl der Betreffende nie zur Sozialdemokratie zählte. ... Das zahlreiche Trauergefolge hatte den Eindruck, dass es ganz gut ohne die Mitwirkung eines Geistlichen gegangen sei. Eine begreifliche Erregung rief es namentlich unter den Frauen hervor, als nach Beendigung der Trauerfeierlichkeit trotzdem am Ein- bzw. Ausgang die Opferbüchse aufgestellt war.“¹⁹). Es dauerte aber nicht lange, bis das Waldheim denunziert wurde: man rede dort „gegen die Pfaffen und den Kaiser ... Daß die Waldheime der sozialdemokratischen Propaganda dienen, ist uns bekannt. Die Jugend sollte aber davor von den maßgeblichen Instanzen geschützt werden“ (so die „Alltägliche Rundschau“). Eine Überwachung durch das Landjägerkorps wurde vom Oberamt angeordnet. Der weitgehend neutrale Bericht des Oberlandjägers hatte eine neue Weisung zur Folge und im nächsten Bericht wurde festgestellt, Reeber sei gar nicht mehr Vorsitzender des Waldheimvereins²⁰); beanstandet werden konnte nur ein zu früher Beginn des Wirtschaftsbetriebs an Sonntagen.

Die Spannungen in der SPD, die auch im Ortsverein bemerkbar wurden²¹), führten mit der Bewilligung der Kriegskredite durch die große Mehrheit der der SPD-Reichstagsfraktion zum Bruch. In Stuttgart wurde Westmeyer im Januar 1915 aus seinem Büro ausgeschlossen und es entstanden zwei rivalisierende Vereine. Westmeyer gründete die Zeitung „Sozialdemokrat“ des radikal-pazifistischen Flügels gegen die revisionistische „Schwäbische Tagwacht“ unter Wilhelm Keil²²). In Zuffenhausen wurden drei Genossen des pazifistischen Flügels mit Ausschluss bedroht, wenn sie sich nicht der Verbreitung des Sozialdemokrat enthalten – dazu gehörte auch Friedrich Reeber. Es entstand die „Sozialistische Vereinigung“ unter Westmeyer und Clara Zetkin und damit ein Streit um die Mitgliedsbeiträge²³). Zur provisorischen Landeskommission der Kriegsgegner (vom Landesvorstand als Westmeyer-

Gruppe bezeichnet) im Mai 1915 zählte Reeber²⁴). Die Westmeyer-Gruppe wurde militärisch (vom Generalkommando) überwacht, ihre Versammlungen häufig verboten und führende Köpfe zum Militärdienst eingezogen²⁵); so auch Reeber im Juni 1915. Bis zum Juni 1916 war er im Militärdienst, allerdings nicht im Fronteinsatz. Der Bruch der SPD-Reichstagsfraktion erfolgte 1916; die Ausgeschlossenen bildeten 1917 die pazifistisch-sozialistische USPD²⁶). Der Ortsverein der USPD in Zuffenhausen wurde von Reeber und Wennagel am 10.3.1918 gegründet²³). Im Herbst 1918 überschlugen sich die Ereignisse. Im Oktober tagte die Landeskommission der USPD, der Reeber angehörte. Am 9. November wurde die Revolutionsregierung unter Führung von W. Blos (SPD) gebildet; ihr gehörte die USPD zunächst ebenfalls an. Allerdings kam es rasch zu Differenzen zwischen dem radikalen Flügel unter Fritz Rück und dem gemäßigten unter dem Minister Artur Crispian. Die USPD trat deshalb bereits am 9. Januar aus der Regierung aus; die Radikalen gingen zur KPD über. Bei der Wahl zur Verfassungsgebenden Landesversammlung am 12.1.1919 (bei der erstmals Frauen wahlberechtigt waren) erreichte die USPD daher nur 4 Sitze und trotz einem guten Listenplatz konnte Reeber kein Mandat erringen. Bei der Gemeinderatswahl am 18.5.1919 gewann die SPD 6, die USPD 5 Sitze. Die höchsten Stimmenzahlen bei der USPD erreichten Reeber und Schuler; sie waren damit auf 6 Jahre gewählt²⁷). Beide wurden im März 1920 auch in den Landesvorstand der USPD gewählt. Schuler war damals Redakteur des „Sozialdemokrat“.

Am 6.6. 1920 fanden Wahlen zum Reichstag und zum Landtag statt. Die USPD gewann viele Stimmen und Reeber wurde für den Wahlkreis Ludwigsburg-Marbach in den Landtag gewählt²⁸), in dem er dem Verwaltungsausschuss, dem Steuerausschuss und dem Sonderausschuss für das Fideikommiss-Gesetz angehörte²⁹). USPD und SPD gehörten nicht der Regierung an, tolerierten aber die Minderheitsregierung unter Staatspräsident von Hieber. Nach einer außerordentlichen Landeskongress spaltete sich im Oktober 1920 die USPD erneut; 6 ihrer Abgeordneten traten zur KPD über. Die Verbliebenen, darunter Reeber und Schuler, bildeten die Rumpf-USPD, die sich, vermittelt durch die Gewerkschaften, der SPD annäherte. Die steigende Inflationsrate, die zu beträchtlichen Mitgliederverlusten führte und schließlich die Ermordung Rathenaus am 24.6.1922 führten zu einer Einigung der beiden Parteien (für die USPD Württembergs hatte Schuler an der Konferenz teilgenommen), die im Herbst besiegelt wurde. Die Abgeordneten Crispian, Reeber und Schuler kehrten am 3.10.1922 zur SPD zurück³⁰). Die Einführung der Rentenmark im November 1923 führte zunächst zum Anstieg der Arbeitslosigkeit; außerdem war die Tolerierungspolitik der SPD im Land unpopulär. So kam es bei der Landtagswahl am 4.5.1924 zu starken Verlusten der SPD und Reeber verlor sein Mandat (ebenso Schuler)³¹). Auch bei der Gemeinderatswahl Ende 1925 verlor die SPD Sitze³²). Bei den Wahlen zum Landtag im Mai 1928 und zum Gemeinderat im Dezember dieses Jahres kandidierte Reeber nicht; Schuler wurde in beide Gremien gewählt.

In dieser Zeit engagierte sich Reeber vor allem als Mitglied der Aufsichtsräte der Gemeinnützigen Baugenossenschaft und des Spar- und Konsumvereins Zuffenhausen. Die Familie Reeber wohnte nach 1920 in der Karlstr.(Friesenstr.) 58 (1.St.)³³); ab 1933, nachdem er kein Einkommen mehr hatte und die Töchter nicht mehr zum Haushalt gehörten, hatte er bis 1937 eine Wohnung in der Königstr. (Langobardenstr.) 6. Die Baugenossenschaft Zuffenhausen war 1919 gegründet worden, um der großen Wohnungsnot nach Kriegsende zu begegnen³⁴). Der Spar- und Konsumverein hatte infolge der Verarmung vieler Familien durch die Inflation mehr und mehr Bedeutung gewonnen³⁵). Infolge der Expansion wurde ein Neubau geplant und schließlich im Gewann Schützenbühl 1929/30 realisiert³⁶). Im September 1930 fand unter dem Geschäftsführer (seit 1926 Direktor) G.Steinhilber die Einweihung statt und machte mehr als 20 Jahre erfolgreicher Tätigkeit augenfällig. Ende 1929 begann im Zusammenhang mit der Weltwirtschaftskrise die Arbeitslosigkeit stark anzusteigen und in der Folge bekam ab 1930 die NSDAP immer mehr Zulauf³⁷). Bereits im Frühjahr 1933 wurden Reeber die Aufsichtsratssitze entzogen – die Vereine wurden gleichgeschaltet- und am 30.8.1933 wurde er durch Anordnung des „Herrn

Reichsstatthalters“ fristlos entlassen. Da er keine unmittelbare Parteifunktion mehr innegehabt hatte – und vielleicht auch aus gesundheitlichen Gründen – blieb ihm eine „Schutzhaft“ erspart, wie sie Emil Schuler (im KZ Heuberg) zu erleiden hatte. Eine langwierige Erkrankung machte Reeber anstrengendere körperliche Arbeit in der Folgezeit unmöglich³⁸). Die Bedürftigkeit des Ehepaars Reeber wurde aufgrund einer Eingabe anerkannt und führte zu einer stets widerruflichen Unterstützung von monatlich 120 RM; jedoch wird darauf hingewiesen, dass sich Reeber um ein Arbeitseinkommen zu bemühen habe.

Zu Beginn des Jahres 1936 teilte Reeber der Pensionskasse mit, dass es für ihn alters- und gesundheitsbedingt keine Aussicht auf eine Beschäftigung gebe, da Jüngere bevorzugt werden und dass er weitgehend mittellos sei. Das jüngste Kind, Sohn Otto, der bei der Fa.Hellmann in Stuttgart als Kaufmann tätig war und die Eltern vermutlich unterstützt hatte, erhielt zum 1.2.1936 eine günstigere Stelle in Offenbach a.M.³⁹). Der Schwiegersohn Dr.Theodor Häbich⁴⁰), der schon vor Reeber seine Stelle verloren hatte, war mittlerweile freiberuflich in Frankfurt a.M. als Kaufmann tätig geworden; zur Mithilfe und wohl auch zur Versorgung der Enkelkinder zog das Ehepaar Reeber im September 1937 nach Frankfurt, kehrte aber mit Kriegsbeginn im September 1939 nach Zuffenhausen zurück, kam zunächst in der Rütlistr.10 (Haus der Baugenossenschaft) bei der Tochter und dem Schwiegersohn Bär unter und war ab Juni 1940 im trotz des Krieges noch fertiggestellten Haus Rütlistr. 55 (1.St.) ansässig. Mit Kriegsbeginn mussten sich alle nach §4 des Berufsbeamtengesetzes entlassenen Beamten bei ihrer Dienststelle melden. Reeber erhielt den Bescheid, dass es für ihn vorläufig keine Verwendung gebe⁴¹). Daher sah er sich nach anderer Arbeit um, die nun zu bekommen war und wurde bei der Süschala (Südd. Schaufenster- und Ladenbaugesellschaft) tätig⁴²). Der Krieg traf das Ehepaar Reeber hart. Nach dem Luftangriff vom 5.5.1942 war die Wohnung viele Wochen nicht benutzbar⁴³). 1943 kam die Vermisst-Meldung des an der Ostfront eingesetzten Sohnes⁴⁴). Die Zunahme der Luftangriffe auf Stuttgart ab 1944 führte zu immer ausgedehnteren Aufenthalten im Luftschutzkeller, aber auch zur Mitwirkung Reebers bei der lokalen Brandbekämpfung⁴⁵).

Nach Kriegsende erhielt Reeber seine Stellung, dem Alter entsprechend als Krankenkasseninspektor i.R. zum 1.Juni 1945 zurück; die gesetzliche Wiedergutmachung und Neufestsetzung seines Ruhegehaltes ließ aber bis 1951 auf sich warten⁴⁶). Im Jahr 1949 war seine Frau verstorben⁴⁷) und Reeber zog zu Tochter und Schwiegersohn Bär in die Stockheimer Str. 22 (Gebäude der Baugenossenschaft). Dort blieb er offiziell wohnen, war aber häufig bei der nun in Wiesbaden ansässigen Familie Häbich, zugleich im Kreis der dortigen drei Enkeltöchter. In Wiesbaden ist er nach kurzer Krankheit am 7.Mai 1954 verstorben; die Urne wurde in Zuffenhausen beigesetzt⁴⁸).

Die Anmerkungen enthalten die Quellenangaben sowie Ergänzungen und Details von geringerer, oft nur lokaler, Bedeutung.

- 1) zur Person: StAL E76 Bü 4856. Einige unzutreffende Angaben bei Raberg 2004 werden hier korrigiert. (Raberg in Gühring, A.(Hrsg.): Zuffenhausen- Dorf- Stadt-Stadtbezirk)
- 2) Vater: Michael Friedrich Reeber, Maurer; Mutter: Magdalene, geb. Schreyer
- 3) 1900 ist Reeber nicht unter den Gründungsmitgliedern des Spar- und Konsumvereins, hat aber 1902 in Zuffenhausen geheiratet
- 4) Vater: Johann Georg Chr. Mayer, Schreiner; Mutter: Magdalene, geb.Schaal
- 5) Die älteste Tochter Clara (geb.6.7.1903 in Zuffenhausen) heiratete 1931 in Zuffenhausen den Mechaniker Rudolf Bär aus Feuerbach; nach dessen Tod zog sie Ende der 70er Jahre aus Stuttgart weg und ist am 6.10.1997 in Ingelheim am Rhein im Seniorenstift verstorben. Das zweite Kind, Else (geb. 20.11.1906 in Zuffenhausen) war seit 1929 verheiratet mit Dr.Theodor Häbich (s. Anm. 40) und ist am 14.6.1994 in Ingelheim am Rhein verstorben. Der Sohn Otto (geb. 7.6.1914) war seit 1941 verheiratet in Offenbach a.M. mit Charlotte Seibel (s. Anm. 39 u.44).

- 6) Das Gewerkschaftskartell bestand seit 1898; Vorsitzender war zuvor J.Rumold. Nach Glöck (M.Glöck: 100 Jahre Verein Waldheim Zuffenhausen e.V.) war Reeber von 1904 bis 1921 Vorsitzender, Raberg (wie Anm.1) gibt 1903 bis 1911 an.
- 7) Möglicherweise war eine nicht besonders robuste Gesundheit, die allerdings erst für seine spätere Lebenszeit dokumentiert ist, die Ursache für seinen Übergang zur Büroarbeit, erleichtert dadurch, dass er – wie aus späteren Dokumenten hervorgeht – sich gut ausdrücken konnte und seine Niederschriften in deutscher Kurrentschrift fast Schönschriftcharakter hatten.
- 8) Später wurde der Beginn der ständigen Beschäftigung durch Anrechnung der Militärzeit auf 1905 festgelegt. Das Gehalt betrug 1908 jährlich 1500.- RM; 1913 jährlich 2095.-RM. Den Rang eines Kasseninspektors erreichte er 1927.
- 9) In den meisten Ländern des Deutschen Reiches, insbesondere in Preußen, gab es fortlaufend heftigen Streit zwischen der Ärzteschaft und den örtlichen Krankenkassen. Ausführlich (und sehr partiisch) ist dies dargestellt in dem Buch des Arztes Wilhelm Möller: „Missbrauch der Krankenkassen durch die Sozialdemokratie“. Demgegenüber haben in Württemberg die Kassen immer wieder den Ausgleich mit den Ärzten gesucht. So heißt es schon 1909: „Das System der organisiert freien Arztwahl hat sich bei uns im allgemeinen gut bewährt“ und der Vorsitzende des Württembergischen Ärzteverbandes, Langbein, äußert 1925 (Zitat nach Edelmann 1926): „Württemberg war über 2 Jahrzehnte der einzige Bundesstaat, in dem ohne offenen Kampf die Bestrebungen der Ärzte und die Wünsche der Kassen durchgeführt werden konnten“. Vertragliche Regelungen erfolgten 1914, 1920 und erneut 1924, als nach der Inflation viele Kassen zahlungsunfähig geworden waren. In Württemberg wurde die Erhaltung der persönlichen Beziehung zwischen Arzt und Patient stets als so wesentlich angesehen, dass beide Parteien auch bereit waren, eigene Interessen zurückzustellen. (Weiteres siehe Edelmann, K.: Krankenkassen und Ärzte in Württemberg. Diss. Univ. Tübingen 1926).
- 10) Um bekannte und ausländische Redner zu hören, kamen auch Personen, die weder SPD- noch Gewerkschaftsmitglieder waren, zu Veranstaltungen des Kongresses. Der Verfasser dieses Textes weiß dies von seinem Großvater, der der DDP zuneigte, aber Jaurès hören wollte und – geschmückt mit der als Abzeichen dienenden roten Nelke – problemlos teilnehmen konnte.
- 11) Alderete, M.: Zur württembergischen Sozialdemokratie am Anfang des 20.Jahrhunderts. – Z.Württ.Landesgesch. 72 (2013), 387-430.
- 12) Friedrich Westmeyer (1873-1917) war Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Stuttgart 1908-1914, Landtagsabgeordneter ab 1912, wurde zum Militär eingezogen, verstorben an der Ruhr am 14.11.1917 im Lazarett Rethel bei Reims. – Westmeyer war befreundet mit dem Maler Friedrich Zundel (1875-1948). Dieser hatte – wahrscheinlich über Karl Kautsky – Clara Zetkin (1857-1933) kennengelernt, die er 1899 heiratete. Kautsky wohnte 1891-1893 im gleichen Haus wie Robert Bosch (Rotebühlstr. 145), der später seine Kinder von Zundel malen ließ. Die Ehe mit Clara Zetkin wurde 1926 geschieden; Zundel heiratete dann Paula Bosch (1889-1974), eine Tochter von Robert Bosch. Deren Sohn war der Friedensforscher und Physikochemiker Georg Zundel (1931-2007). (Für Naturwissenschaftler: nach diesem ist das Zundel-Kation benannt.)
- 13) Vorgänger war J. Rumold. Geschäftsführer (später: Direktor) des Vereins war seit ca. 1905 Georg Steinhilber.- Der Verein hatte 1910 bereits 1525 Mitglieder und beschäftigte 25 Personen. Außer einem Magazin- und Bäckerei-Gebäude besaß der Konsumverein 6 Wohnhäuser.- StAL FL300/31 II Bü 520.
- 14) siehe Arbeiterbewegung-Arbeiterkultur Stuttgart 1890-1933; Begleitheft zur Ausstellung 1981. Stuttgart (Württ.Landesmuseum) 1981.
- 15) siehe Sozialdemokratische Partei. Protokoll über die Verhandlungen des Parteitags Magdeburg 1910; Nachdruck 1984 (online zugänglich).
- 16) Das Gelände des Waldheims bis 1933 lag unmittelbar westlich des jetzigen Verbindungsweges von der Hellmuth-Hirth- bzw. Lorenz-Str. zum Bhf. Neuwirtshaus-Porscheplatz, dort, wo er zum reinen Fußgängerweg wird, bis zu dem das Areal reichte. - Am 15.4.1911 erfolgte der Eintrag des Waldheimvereins ins Vereinsregister. Unterlagen zum Waldheim: StAL F 303III Bü 1083.
- 17) Das eingezäunte Gelände wies eine in Feierabend- und Sonntagsarbeit errichtete Schutzhütte für Bewirtung und einen Kinderspielplatz auf. Zur Einweihungsfeier s. Glöck (Anm.6). Ein stabileres Gebäude wurde 1913 errichtet, ein Wirtschaftsgebäude und ein Saal 1921 geplant und nach der Inflation 1924-26 erbaut, wodurch sich der Verein erheblich verschulden musste. Anfangs wurden geringe Tageseintrittspreise erhoben, ab Kriegsende war der Besuch frei für jedermann. Die Räumlichkeiten wurden auch von Gewerkschaften, dem Arbeiterkulturverein, den Naturfreunden sowie dem Gesangsverein Lassallia und der Arbeiterkapelle („Waldheimkapelle“) genutzt. Am

11.3.1933 fand noch eine ordentliche Mitgliederversammlung des Waldheimvereins statt; am 13.3. erging die Verfügung der Auflösung und Einziehung des Vermögens. Am 9.4.1933 fand ein SA-Konzert mit Ansprache des „Pg.“ Studiendirektor Schiefer (Leiter der 6-klassigen Oberschule, des Vorgängers des Porsche-Gymnasiums) statt. Allerdings hatte das Land als neuer Eigentümer infolge der hohen Hypothek auf den Liegenschaften kein Interesse und 1934 ordnete der Bezirksnotar Heydlauf die Zwangsversteigerung an. So gelangte der ganze Besitz an ein Firmen-Konsortium.

18) Vorsitzender wurde für 1913 Christian Wennagel, Backmeister im Konsumverein. Der Vorsitz wechselte bis 1915 jährlich; dann war der Betrieb kriegsbedingt eingeschränkt. Nach dem Krieg waren die Vorsitzenden Emil Schuler 1920-22; Konrad Niemann 1922-24 und Simon Fleig von 1924 bis zur Zwangsauflösung 1933. Fleig war nach der Wiedergründung 1945 nochmals Vorsitzender.

19) Schwäbische Tagwacht 21.1.1913; Alltägliche Rundschau Nr.65, 1913; Schwäbische Tagwacht 13.5.1913. – Heute wird auch oft vergessen, dass bis 1908 die Evangelischen Volksschulen und deren Lehrer dem (ersten) Stadtpfarrer als dem Orts-Schulinspektor unterstanden.

20) Insbesondere Reeber war offenbar ein „rotes Tuch“- hier ganz wörtlich zu verstehen.

21) Bei der 25-Jahr-Feier des Ortsvereins der SPD im Waldheim war Festredner der Landtagsabgeordnete und Redakteur der „Schwäbischen Tagwacht“ Wilhelm Keil, einer der Führer des reformistischen Flügels.

22) siehe Bassler, S.(Hrsg.): Mit uns für die Freiheit. 100 Jahre SPD in Stuttgart. Stuttgart 1987.

23) Die Trennung ist genau dargestellt bei Neuschl,S.: Geschichte der USPD in Württemberg. Diss.Univ.Stuttgart; Esslingen 1983.

24) Weitere Mitglieder waren (Abb. bei Bassler –wie Anm.22-; S.82: Hans Trittel, Gustav Lachenmayer, Wilhelm Schuhmacher, ..Knab, Willi Schwan, Arthur Crispian, Josef Außerlechner, Bertha Thalheimer (auch eine fast Vergessene- aber immerhin gibt es einen Wikipedia-Artikel!). Zu den Reaktionen des Landesvorstandes siehe Anm.22).

25) so Westmeyer, siehe Anm. 12).

26) Dazu gehörten aber nicht nur Liebknecht, Haase und Kautsky, sondern auch die eher als „revisionistisch“ angesehenen Eduard Bernstein und Kurt Eisner. – Im Raum Stuttgart wurde eine Mitgliederversammlung der Westmeyer-Gruppe am 21.4.1917 verboten. Daher fand dann ein illegales Treffen im Wald zwischen Feuerbach und Zuffenhausen statt (siehe Anm.23). Erst im November 1917 trat die Gruppe in die USPD ein.

27) Nach der neuen Wahlordnung war das erste Drittel der Gewählten nach der Stimmenzahl auf 6 Jahre, die weiteren auf 4 bzw. 2 Jahre gewählt.

28) In Zuffenhausen erreichte die USPD von allen Parteien den höchsten Stimmenanteil (ca.30%), gefolgt von SPD und DDP (je ca. 22%); die KPD erreichte nur 6%.

29) Die bestehenden Fideikomnisse sollten gemäß Art. 155 der Weimarer Verfassung aufgelöst werden; dies geschah nur sehr zögerlich und mit großen Widerständen. – Die Landtagsabgeordneten erhielten damals keine Diäten, sondern nur eine Aufwandsentschädigung und freie Bahnfahrt.

30) Die SPD war im Nov.1921 in die Regierung eingetreten. Man verweigerte aber nach dem Zusammenschluss der gewachsenen Fraktion einen zusätzlichen Ministerposten (Innenministerium) und die Partei trat daher im Mai 1923 aus der Regierung aus. Sie war nun bis 1946 nicht mehr Regierungspartei.

31) Von den früheren USPD-Abgeordneten wurde nur G.Kinkel wiedergewählt.

32) Reeber hatte vermutlich nicht mehr kandidiert; Schuler wurde wiedergewählt.

33) Hausbesitzer war der Schreinermeister Fr.Ziegler. Heute befindet sich an dieser Stelle der Busbahnhof.

34) Bis 1990 Gemeinnützige Baugenossenschaft Zuffenhausen. Reeber war Mitglied und zeitweilig Vorsitzender des Aufsichtsrats bis 1933. Die Baugenossenschaft errichtete zunächst unter Mithilfe der Stadtgemeinde (Reebers Mitwirkung als Gemeinderat darf angenommen werden) ab 1920 den „Stammheimer Block“ (Wimpfener/Stammheimer Str.) , dann die Hördt-Siedlung (Hördt-/Burenstr.) und die Frauenstegsiedlung ; zahlreiche weitere Gebäude folgten. Ab 1930 hatte sie erstmals einen hauptamtlichen Geschäftsführer (Albert Brauch), der ebenso wie 6 der 7 Aufsichtsratsmitglieder 1933 entlassen wurde. A.Brauch kam vorübergehend wegen „Unzuverlässigkeit“ in „Schutzhaft“ (so in „40 Jahre Gemeinnützige Baugenossenschaft Zuffenhausen 1959“).

35) Der Spar- und Konsumverein Zuffenhausen war getrennt vom Stuttgarter Verein und hatte sich nach 1924 durch Anschluss von mehreren kleineren Vereinen bis nach Leonberg ausgedehnt. Warenverkauf erfolgte nur an Mitglieder. 1928 gab es 25, 1930 bereits 30 Verteilstellen (Konsumläden) für 9400 Mitgliederfamilien. Der Aufsichtsrat (Vorsitzende waren ab ca. 1925 König und dann Fichtl) wurde 1933 ausgetauscht, Aufsichtsratsvorsitzender anstelle von Fichtl wurde Alfred

Heussler; in den Vorstand musste das NSDAP-Mitglied Fölsing aufgenommen und das Mitglied König entlassen werden; der Direktor Steinhilber amtierte aber weiter. 1934 erfolgte die Umbenennung in „Verbrauchergenossenschaft“.

36) Errichtet wurden auf dem schon 1920/21 gekauften Grundstück ein Verwaltungsgebäude, ein Lagerhaus, eine Zentralbäckerei und ein tiefer Wein- und Gärkeller, der dann im 2. Weltkrieg als Luftschutzkeller für die Bewohner der mittlerweile aufgesiedelten Umgebung große Bedeutung erlangte. Jetzt stehen die Gebäude als Dokumente von Gewerbebauten der Weimarer Zeit in der Nachfolge der Bauhaus-Architektur weitgehend unter Denkmalschutz. Im Krieg war auf dem höheren Eckteil des Verwaltungsgebäudes ein Suchscheinwerfer der Fliegerabwehr installiert. Dessen Tätigkeit führte dazu, dass am 5. Mai 1942 hier der erste Luftangriff auf Zuffenhausen erfolgte (s. Anm.43).

37) Die Entwicklung in Stuttgart ab 1932 wurde vielfach beschrieben und wird hier nicht erörtert; siehe Bassler (Anm.22) sowie J.Schadt u.W.Schmierer (Hrsg.): Die SPD in Baden-Württemberg und ihre Geschichte von den Anfängen der Arbeiterbewegung bis heute (Schriften zur polit.Landeskunde, Bd. 3), Stuttgart 1979.

38) Noch im Sommer 1934 und erneut Anfang 1935 wird dies ärztlich bescheinigt. Soweit es die Gesundheitsverhältnisse erlaubten, betätigte sich Reeber auf ärztliches Anraten in seinem Kleingarten-Grundstück von 18 ar, das er schon vor 1918 erworben hatte.

39) Otto Reeber heiratete dort 1941 Charlotte Seibel aus Offenbach; der Ehe entstammt eine Tochter, Helga Reeber. - Die stets widerrufliche Unterstützung wurde Reeber auf Antrag 1935 und erneut 1936 weiterhin „gewährt“, aber nicht erhöht.

40) Der Schwiegersohn Hermann Theodor Häbich würde eine eigene Würdigung verdienen. Er wurde am 30.12.1893 in Botnang (heute Stuttgart-Botnang) als Sohn des Weingärtners und Fabrikarbeiters Karl Gottlieb Häbich und seiner Ehefrau Pauline geb. Marquardt geboren. Der Vater verstarb früh, so dass Theodor nach dem Schulbesuch sofort einen Beruf erlernen musste; er wurde Kaufmann, dann Soldat im 1. Weltkrieg und danach Angestellter beim Hauptversorgungsamt Stuttgart und der Württ. Girozentrale. 1924 gab er den Beruf auf, um durch Vorbereitung auf die Reifeprüfung (als außerordentlicher Student an der TH Stuttgart) die Voraussetzung für das Studium der Volkswirtschaft zu erreichen. 1925 legte er die Externen-Reifeprüfung an der Friedrich-Eugens-Oberrealschule ab und studierte nun in Frankfurt a.M. und Gießen, wo er 1927 die Prüfung zum Diplom-Volkswirt ablegte. Nach weiteren Studiensemestern in Kiel und Frankfurt erfolgte die Promotion zum Dr.rer.pol. 1929 bei Franz Oppenheimer mit einer Arbeit über „Deutsche Latifundien“, die erhebliches Aufsehen erregte und daher 1930 nachgedruckt wurde.

(Promotionsakten Univ.-archiv Frankfurt). Eine geringfügig veränderte Fassung erschien 1947 und darf auch heute noch Interesse beanspruchen. Häbich trat 1929 in den preußischen Staatsdienst ein und wurde Leiter der Pressestelle beim Oberpräsidium für die Provinz Ostpreußen in Königsberg i.Pr. Unter der Regierung von Papen wurde er bereits 1932 vom Reichs- und preußischen Minister F.Bracht entlassen und kam 1933 kurzzeitig in „Schutzhaft“. Einige Versuche der beruflichen Umorientierung scheiterten, bis er wohl ab 1936 als Kaufmann durch ein eigenes kleines Geschäft wieder Fuß fassen konnte. (Solche Geschäfte dienten auch als unauffällige Anlaufstellen für Regimegegner.) Ab 1937 konnte er immerhin nebenbei seine wissenschaftlichen Studien fortsetzen (so sein Bericht in der 3.Auflage des Buches: Deutsche Latifundien, Stuttgart 1947). In Frankfurt wurde die Familie ausgebombt, wodurch Unterlagen für die Ergänzung und Erweiterung der Latifundien-Arbeit verloren gingen. 1946 wurde er Leiter der Abteilung Ländliches Genossenschaftswesen in der Hess.Staatsverwaltung („Großhessen“) in Wiesbaden und als Ministerialrat 1954 pensioniert; ab 1956 war die Familie wieder in Frankfurt a.M. wohnhaft. Einen Lehrauftrag am Institut für Genossenschaftswesen der Univ. Frankfurt hat er auch als Ruheständler noch wahrgenommen. In der Nachkriegszeit entstanden mehrere Publikationen: „Das Recht der Landlosen in der US-Zone“ 1947; „Lebensbilder aus der Arbeiterbewegung“ 1955. Theodor Häbich verstarb am 5.10.1960 in Frankfurt. (Nachlass mit Korrespondenz der Nachkriegszeit im Stadtarchiv Frankfurt).

41) Die Meldung hatte Reeber noch von Frankfurt aus vorgenommen. Damit war die Entfernung zu groß und Reeber entging dadurch einer für ihn kaum tragbaren Situation, möglicherweise unter einem NS-Funktionär subalterne Büroarbeiten ausführen zu müssen. Auch nach seiner Rückkehr nach Stuttgart gab es keine Verwendung für ihn.

42) Vermutlich in Büro/Buchhaltung. Reeber war bis Ende 1943 bei der Süschala tätig. Die wöchentliche Arbeitszeit betrug infolge des Arbeitskräftemangels 54 Stunden, der Stundenlohn 82 Pfg. Abzüglich der Abgaben verblieben ihm 36-38 RM je Woche. Seine Beschäftigung teilte er

pflichtgemäß der Unterstützungskasse mit und erhielt den Bescheid, dass diese privatwirtschaftlich erworbene Einnahme nicht auf die Unterstützung anzurechnen sei. Seine monatliche Miete in Rütlistr.55 betrug 60.-RM.

43) Eine Luftmine hatte drei Häuser völlig zerstört, zahlreiche weitere stark in Mitleidenschaft gezogen und 13 Tote gefordert. Fliegeralarm wurde erst nach dem Bombenabwurf ausgelöst. Das Haus Rütlistr.55 hatte keine Fenster, Fensterläden und Türen mehr; das Dach war etwa zur Hälfte zerstört und das Mobiliar z.T. stark beschädigt oder unbrauchbar.

44) Vermisst seit 18.1.1943 bei Charkow (nach Mitteilung aus den Unterlagen des Volksbundes deutscher Kriegsgräberfürsorge, 2016).

45) Frau Reeber war stark gehbehindert und konnte in der zwischen Fliegerwarnung (Vorwarnung) und dem zu erwartenden Fliegeralarm (bzw. ab 1945 akuter Luftgefahr) verbleibenden Zeit den Luftschutzbunker im Konsumgebäude (Schützenbühl-/G.Keller-Str.) nicht erreichen, ebenso wie der schwerkriegsbeschädigte Vater des Verfassers dieses Textes, Otto Kull. Daher kam das Ehepaar Reeber ab Sommer 1944 zu meinen Eltern in die Rütlistr. 51 in den gewölbten, mit Luftschutztüren und Gasschleuse versehenen Keller, der bei Fliegeralarm entsprechend der Vorschrift bis zur Entwarnung gasdicht geschlossen wurde.

Durch Brandbomben entstand im Gebäude Rütlistr.53 ein Dachstuhlbrand. Er konnte von Fr.Reeber und meiner Mutter Elfriede Kull (die Beteiligung weiterer Personen ist nicht mehr festzustellen) vom Dachstuhl des Hauses Rütlistr.55 (andere Hälfte des Doppelhauses) aus so weit eingedämmt werden, dass er nicht auf dieses Gebäude übergriff; es blieb beim ausgebrannten Dachstock von Rütlistr.53 (das Haus bekam dann ein Notdach über dem 1.Stock).

46) Eine Anfrage Reebers 1950 führte zu längerem Briefwechsel, bis schließlich ein Bescheid erging.

47) am 20.März 1949 in Stetten im Remstal; Beisetzung erfolgte auf dem Friedhof Zuffenhausen.

48) Das Urnengrab des Ehepaares Reeber im Friedhof Zuffenhausen Abt. 11, 8/6, wurde 1969 aufgelassen.

Für Unterlagen und zahlreiche wertvolle Hinweise gilt mein herzlicher Dank den Herren W. Schweikart und M. Glöck.

Verfasser:
Dr.Ulrich Kull
Rütlistr.51
70435 Stuttgart